

Stand: 19.05.2026 15:09:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12031

"Keine EU-Agrarsubventionen für internationale Großinvestoren und Staatsfonds – Rückforderung zweckwidriger Fördermittel und Schutz bäuerlicher Familienbetriebe"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12031 vom 19.05.2026



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Keine EU-Agrarsubventionen für internationale Großinvestoren und Staatsfonds – Rückforderung zweckwidriger Fördermittel und Schutz bäuerlicher Familienbetriebe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass EU-Agrarsubventionen künftig ausschließlich tatsächlich aktiv landwirtschaftlich tätigen, bäuerlichen Betrieben dienen und nicht an internationale Großkonzerne, Staatsfonds oder ausländische Herrscherfamilien fließen,
- sich dafür einzusetzen, dass Betriebe mit einer bewirtschafteten Fläche von mehr als 1 000 Hektar künftig keine flächenbezogenen EU-Direktzahlungen mehr erhalten bzw. diese auf einen eng begrenzten Höchstbetrag reduziert werden,
- sich auf EU-Ebene für eine vollständige Offenlegung sämtlicher Empfänger großer EU-Agrarsubventionen einzusetzen, insbesondere bei Unternehmensverflechtungen mit internationalen Investoren, Staatsfonds oder ausländischen Staatsdynastien,
- zu prüfen, ob EU-Ausgleichszahlungen an Großbetriebe oder internationale Investoren dem ursprünglichen Förderzweck der Gemeinsamen Agrarpolitik widersprechen und in welchen Fällen Rückforderungen rechtlich möglich sind,
- sich dafür einzusetzen, dass Umgehungskonstruktionen zur künstlichen Aufspaltung großer Agrarbetriebe zur Erlangung zusätzlicher Fördermittel unterbunden werden,
- dem Landtag zu berichten, welche Erkenntnisse der Staatsregierung über den Aufkauf landwirtschaftlicher Flächen in Bayern durch internationale Investoren, Staatsfonds oder außerlandwirtschaftliche Großkapitalstrukturen vorliegen,
- sich auf EU-Ebene für eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik einzusetzen, bei der regionale Versorgungssicherheit, bäuerliche Familienbetriebe und die Erhaltung des ländlichen Raums wieder im Mittelpunkt stehen.

Begründung:

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sollte ursprünglich die europäische Landwirtschaft stärken, bäuerliche Existenzen sichern und die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten. Tatsächlich profitieren jedoch zunehmend internationale Großinvestoren, Kapitalgesellschaften und außerlandwirtschaftliche Finanzstrukturen von milliardenschweren EU-Subventionen.

Besonders kritisch ist, dass Medienberichten zufolge Unternehmen aus dem Umfeld der Herrscherfamilie Al Nahyan aus Abu Dhabi über Jahre hinweg EU-Agrarsubventionen in zweistelliger Millionenhöhe erhalten haben sollen. Möglich wurde dies offenbar vor allem durch den großflächigen Aufkauf landwirtschaftlicher Flächen in Rumänien.

Weitere Empfänger von EU Agrarsubventionen in Millionenhöhe sind:

- Agricost, Rumänien (erhielt 2024 allein ca. 10,5 Mio. Euro Direktzahlungen)
- Agrofert, Tschechischer Agrarkonzern des Ministerpräsidenten Babiš
- Tönnies, deutscher Fleisch- und Agrarkonzern (erhielt über Jahre indirekte hohe Förderanteile)
- Kjeld Kirk Kristiansen (Lego-Erbe), Großgrundbesitzer in Dänemark mit erheblichen EU-Agrarbeihilfen
- Anders Holch Povlsen, Dänischer Großinvestor und einer der größten privaten Landbesitzer Großbritanniens
- Guangchang Guo / Fosun, Chinesischer Investor mit Beteiligungen an europäischen Agrarstrukturen

Auch die britische Königsfamilie hat vor dem Brexit für ihre landwirtschaftlichen Besitzungen über Jahre hinweg erhebliche EU-Agrarsubventionen in Millionenhöhe erhalten.

Diese Entwicklung verdeutlicht ein grundlegendes Fehlsteuerungsproblem der aktuellen EU-Agrarförderung. Maßgeblich für die Höhe der Förderung ist oftmals nicht die tatsächliche landwirtschaftliche Leistung oder die Schutzbedürftigkeit bäuerlicher Betriebe, sondern primär der Umfang des Flächenbesitzes.

Während zahlreiche bäuerliche Familienbetriebe in Bayern und Europa unter immer strengeren Auflagen, steigenden Energie- und Betriebskosten sowie wachsender Bürokratie leiden, profitieren finanzstarke internationale Investoren von europäischen Steuergeldern. Dies untergräbt die Akzeptanz der europäischen Agrarpolitik und verschärft die Wettbewerbsnachteile kleiner und mittlerer Betriebe.

Die zunehmende Konzentration landwirtschaftlicher Flächen in den Händen internationaler Kapitalstrukturen gefährdet darüber hinaus die regionale Versorgungssicherheit, die Eigentumsstruktur im ländlichen Raum sowie die langfristige Stabilität der heimischen Landwirtschaft.

Öffentliche Agrarmittel müssen künftig wieder ihrem ursprünglichen Zweck dienen: der Unterstützung regional verwurzelter bäuerlicher Familienbetriebe und der Sicherung einer leistungsfähigen heimischen Lebensmittelproduktion.